



Lokale Agenda

Umsetzung Lokale Agenda 21**1 Das Wichtigste im Überblick**

Eine Lokale Agenda 21 (künftig LA 21 abgekürzt) ist ein Aktionsprogramm mit konkreten Massnahmen zur Förderung von Lebensqualität und Nachhaltiger Entwicklung auf lokaler Ebene. Unter Nachhaltiger Entwicklung versteht man „eine Entwicklung, welche die heutigen Bedürfnisse zu decken vermag, ohne für künftige Generationen die Möglichkeit zu schmälern, ihre eigenen Bedürfnisse zu decken.“

Am 26. Februar 2002 wurde das Postulat „Umsetzung der Lokalen Agenda 21“ vom Grossen Gemeinderat (GGR) mit folgendem Wortlaut erheblich erklärt: „Der Stadtrat wird aufgefordert, einen Bericht zu erstellen, der Vorschläge enthält, wie er die Ziele der Lokalen Agenda 21 konkretisieren kann und wie er diese Ziele erreichen, überprüfen und diskutieren möchte.“

In der Folge wurde verwaltungsintern eine Methodik entwickelt, um mögliche Handlungsbereiche einer auf die lokalen Verhältnisse der Stadt St.Gallen zugeschnittenen Agenda 21 zu bestimmen. Die Basis für die Definition der Handlungsbereiche bildeten primär das städtische Leitbild - insbesondere die themenbezogenen Anhänge - und die Legislaturziele 2001-2004. Diese Grundsatzpapiere wurden auf ihre Bedeutung und Relevanz für die LA 21 geprüft. Als Resultat liegt eine Auslegeordnung mit 20 Handlungsbereichen vor, die in die sechs Zielfelder Energie und Klimaschutz, Natur und Umwelt, Standortattraktivität, Quartierentwicklung, Wohlbefinden und Sicherheit sowie Integration gruppiert sind. Es handelt sich hierbei um eine Auslegeordnung im Sinne eines entwicklungsfähigen Themenpools, die Grundlage sein kann für die Festlegung künftiger Zielsetzungen von Stadtrat und Verwaltung.

Nebst diesen Handlungsbereichen und Zielfeldern wurden sechs zentrale Handlungsgrundsätze für nachhaltiges Verwaltungshandeln formuliert. Sie lauten: Kommunikation fördern,



Vernetzung anstreben, regionale Ausrichtung verfolgen, Partizipation leben, zukunftsgerichtete Finanzierung sichern und Monitoring durchführen.

Diese Handlungsgrundsätze sollen vorerst an verschiedenen Trägerprojekten, die bereits in Arbeit oder in Vorbereitung sind, angewendet werden. Die folgenden sieben Trägerprojekte aus den sechs Zielfeldern sollen umgesetzt bzw. weiterentwickelt werden und auch nach ihrer Umsetzung bezüglich ihrer Auswirkungen weiterverfolgt werden:

- Label Energiestadt (Zielfeld Energie und Klimaschutz)
- Begrüssung und Einführung von Neuzuzüger/-innen in die Stadt St.Gallen (Zielfeld Integration)
- Wasserqualität Steinach (Zielfeld Natur und Umwelt)
- Strassen als Begegnungsort (Zielfeld Quartierentwicklung)
- Familienergänzende Betreuung (Zielfeld Standortattraktivität)
- Sicherheit und Sauberkeit (Zielfeld Wohlbefinden und Sicherheit)
- Indikatoren Nachhaltige Entwicklung.

Anhand dieser Trägerprojekte soll ein praxistaugliches Hilfsmittel, eine Wegleitung LA21 für nachhaltiges Verwaltungshandeln, erarbeitet werden. Dazu wird eine ERFA-Gruppe gebildet und mit einem entsprechenden Auftrag versehen. Die Umsetzung der Projekte erfolgt im Rahmen der bestehenden Verwaltungsorganisation in Zusammenarbeit mit den jeweils betroffenen Anspruchsgruppen.

Die Berichterstattung über die Trägerprojekte erfolgt im Rahmen des Geschäftsberichts. Damit wird unterstrichen, dass es sich bei der Nachhaltigen Entwicklung nicht um ein befristetes Projekt, sondern um eine Daueraufgabe handelt. Basis für die Berichterstattung bildet das Indikatoren-Set Nachhaltige Entwicklung, das parallel in einem speziellen Trägerprojekt entwickelt wird.

Die Nachhaltige Entwicklung ist nicht eine Aufgabe der Verwaltung alleine. Die städtische Gemeinschaft ist von den Handlungen in den Zielfeldern betroffen und selber auch Akteurin im Prozess. Mit einem öffentlichen Diskurs soll deshalb für die Thematik sensibilisiert und ein Konsens über die Grenzen der Verwaltung hinaus gefördert werden. Im Mittelpunkt der Bestrebungen steht die Verbesserung von Lebensgrundlagen und Lebensqualität der Stadt und ihrer Bevölkerung unter Rücksichtnahme auf folgende Generationen und auf Benachteiligte weltweit.



Inhaltsverzeichnis

1	Das Wichtigste im Überblick.....	1
2	Ausgangslage	5
2.1	Internationaler Kontext: Nachhaltige Entwicklung und Agenda 21	5
2.2	Strategie Nachhaltige Entwicklung 2002 des Bundes.....	6
2.3	Regionale Entwicklungen: Bodensee Agenda 21	7
2.4	Lokale Agenda 21 in St.Gallen	8
2.4.1	Bisherige Aktivitäten	8
2.4.2	Rahmenbedingungen	8
2.4.3	Vorgehen zur Postulatsbeantwortung	9
3	Handlungsgrundsätze	10
3.1	Kommunikation fördern.....	11
3.2	Vernetzung anstreben	11
3.3	Regionale Ausrichtung verfolgen.....	11
3.4	Partizipation leben	11
3.5	Zukunftsgerichtete Finanzierung sichern	12
3.6	Monitoring durchführen.....	12
4	Zielfelder, Handlungsbereiche und Trägerprojekte	12
4.1	Zielfeld Energie und Klimaschutz.....	15
4.1.1	Trägerprojekt Label Energiestadt.....	16
4.2	Zielfeld Integration	17
4.2.1	Trägerprojekt Begrüssung und Einführung von Neuzuzüger/-innen in die Stadt St.Gallen.	18
4.3	Zielfeld Natur und Umwelt	19
4.3.1	Trägerprojekt Wasserqualität Steinach	20
4.4	Zielfeld Quartierentwicklung.....	21
4.4.1	Trägerprojekt Strassen als Begegnungsort.....	22
4.5	Zielfeld Standortattraktivität.....	23
4.5.1	Trägerprojekt Familienergänzende Betreuung	26
4.6	Zielfeld Wohlbefinden und Sicherheit.....	27
4.6.1	Trägerprojekt Sicherheit und Sauberkeit.....	29
4.7	Indikatoren Nachhaltige Entwicklung als themenübergreifendes Trägerprojekt.....	30
5	Begleitende Massnahmen zur Umsetzung der LA 21	32



5.1	Öffentlichkeitsarbeit.....	32
5.2	Patronat.....	32
5.3	Berichterstattung	32
5.4	Struktur der Nachhaltigen Entwicklung in der Stadtverwaltung	33
6	Schlussbetrachtung	33
7	Anträge.....	34



2 Ausgangslage

2.1 Internationaler Kontext: Nachhaltige Entwicklung und Agenda 21

Im Herbst 1983 setzten die Vereinten Nationen eine „Weltkommission für Umwelt und Entwicklung“ ein, deren Vorsitz die norwegische Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland übernahm. 1987 legte die Kommission ihren Abschlussbericht vor. Die zunehmende Armut im Süden und das anhaltende, ressourcenintensive Wirtschaftswachstum im Norden wurden dabei als Ursachen der globalen Umweltzerstörung angeführt. Im Sinne eines Lösungsansatzes formulierten die Mitglieder der Kommission die inzwischen berühmt gewordene Brundtland-Formel eines „sustainable development“:

„Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, welche die heutigen Bedürfnisse zu decken vermag, ohne für künftige Generationen die Möglichkeit zu schmälern, ihre eigenen Bedürfnisse zu decken.“

Die Brundtland-Kommission erarbeitete einen Empfehlungskatalog. Dieser basiert auf der Einsicht, dass ökologische Fragen und Entwicklungsfragen gemeinsam analysiert und gelöst werden müssen. Dieser Ansatz war neu: Ökologische, ökonomische und soziale Aspekte sollten fortan integral in ihrer wechselseitigen Beziehung betrachtet werden.

Mit der UN-Umwelt- und Entwicklungskonferenz von Rio de Janeiro im Jahre 1992 wurde die regulative Idee einer Nachhaltigen Entwicklung zu einer gemeinsamen Leitidee der globalen Staatengemeinschaft für das 21. Jahrhundert. Regierungsvertreter und -vertreterinnen aus 179 Staaten verabschiedeten fünf Dokumente, die als Grundlagen für eine weltweite Nachhaltige Entwicklung dienen sollten: die Klimakonvention, die Konvention über die Biologische Vielfalt, die Walderklärung, die Erklärung von Rio zu Umwelt und Entwicklung (Rio-Deklaration) sowie die Agenda 21.

Die Agenda 21 richtet sich als weltweites Aktionsprogramm an Gemeinwesen, an die Wissenschaft und an private Organisationen. Sie bezweckt insbesondere die lokale Umsetzung einer Nachhaltigen Entwicklung, nicht zuletzt aus der Einsicht, dass viele Probleme und damit auch ihre Lösungen auf das tägliche Leben und Wirken von Menschen in Städten, Quartieren, Dörfern und Regionen zurückzuführen sind.

Mit einem LA 21-Prozess wird im Sinne einer „Nachhaltigen Entwicklung von unten“ ein Prozess des gemeinsamen gesellschaftlichen Lernens eingeleitet, an dem breite Teile der Bevölkerung partizipieren sollen. Die vielfältigen Bedürfnisse, Problemwahrnehmungen und Lösungsstrategien der lokalen Bevölkerung kommen so zur Sprache. Teilnehmende Ge-



meinden unterschiedlichster Grösse, Lage, Organisation und Kultur sollen dabei ihre Entwicklung auf ein gemeinsames Ziel, die Umsetzung der Agenda 21, ausrichten.

Angestrebt wird eine beständige, zukunftsorientierte Entwicklung, gestaltet von einer solidarisches Gesellschaft und einer innovativen Wirtschaft, unter Bewahrung der Natur in ihrer biologischen und landschaftlichen Vielfalt.

2.2 Strategie Nachhaltige Entwicklung 2002 des Bundes

Im Nachgang zur Rio-Konferenz 1992 setzte der Bundesrat für die Steuerung der Folgearbeiten den interdepartementalen Ausschuss Rio (IDARio) ein. Im Rahmen des IDARio wurde eine erste Strategie „Nachhaltige Entwicklung in der Schweiz“ erarbeitet und vom Bundesrat im Jahre 1997 beschlossen. Diese konzentrierte sich auf wenige umsetzbare Massnahmen, welche die laufenden Aktivitäten in der Legislaturperiode 1995 - 1999 stärken und ergänzen sollten.

Als Weiterentwicklung verabschiedete der Bundesrat rechtzeitig auf den Erdgipfel von Johannesburg im Frühjahr 2002 die „Strategie Nachhaltige Entwicklung 2002“. Sie stützt sich auf die Bestimmungen der neuen Bundesverfassung, welche die Förderung der Nachhaltigen Entwicklung zum Staatsziel erklärt hat, und will die Grundsätze der Nachhaltigen Entwicklung in möglichst viele Politikbereiche integrieren. Die thematische Betreuung des Dossiers Nachhaltige Entwicklung liegt beim Amt für Raumentwicklung (ARE).

Die Strategie gibt die inhaltlichen und vorgehensbezogenen Rahmenbedingungen der bundesrätlichen Politik der Nachhaltigen Entwicklung der nächsten Jahre vor. Die Gewährleistung einer zukunftsfähigen Entwicklung befasst sich gleichermassen mit ökologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen. Die Eckpunkte der Strategie sind:

- die Ausrichtung auf ein ausgewogenes Verhältnis der drei Pfeiler der Nachhaltigen Entwicklung (ökologische, ökonomische und soziale Dimension)
- eine grundsätzlich breit angelegte Konzeption, d.h. nicht nur eine auf wenige Politikbereiche beschränkte Strategie
- eine handlungs- und wirkungsorientierte Ausgestaltung der Massnahmen im Sinne eines Aktionsplanes
- der Einbezug der Kantone, der Gemeinden, der Zivilgesellschaft und des Privatsektors.

Die Strategie definiert die zehn Handlungsfelder Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit, Finanzpolitik, Forschung, Technologie und Bildung, gesellschaftlicher Zusammenhalt, Gesundheit, Umwelt und natürliche Ressourcen, Raumordnung, Mobilität und internationale Bezie-



hungen. Innerhalb dieser thematischen Handlungsfelder wurden 22 wirkungsorientierte Massnahmen beschlossen. Für die Umsetzung jeder Massnahme wird ein Zeitrahmen bestimmt. Ein Controlling- und Evaluationssystem für eine Erfolgskontrolle garantiert eine regelmässige Berichterstattung. Partnerschaften und gemeinsame Kommunikation unterstützen die Umsetzung.

2.3 Regionale Entwicklungen: Bodensee Agenda 21

Die Internationale Bodensee-Konferenz (IBK) hat das Bodenseeleitbild als eine grenzüberschreitende langfristige Entwicklungsperspektive für die Region um den See formuliert und diese unter das Ziel der Nachhaltigkeit gestellt. Dazu hat die IBK 1999 die Bodensee Agenda 21 ins Leben gerufen. Am Beispiel der Bodensee Agenda wird deutlich, dass der Gedanke der Nachhaltigen Entwicklung nicht an enge geografische Grenzen gebunden ist. Es ist sinnvoll, diesen über die Ländergrenzen hinweg in einer Region umzusetzen. Es handelt sich um das erste internationale Agenda 21-Projekt in Europa, das von den Mitgliedsländern und -kantonen, INTERREG-Programmen der EU sowie mit Schweizer Bundesmitteln finanziert wird. Als wesentliches Umsetzungsinstrument wurde ein Netzwerk aus 13 regionalen Anlaufstellen rund um den See geschaffen. Im Kanton St.Gallen nimmt die Stelle für Aussenbeziehungen bei der Staatskanzlei diese Funktion wahr. Diese Anlaufstellen sind Multiplikatoren, Servicestellen und Drehscheiben für alle Arten von Agenda-Aktivitäten in der „Regio Bodensee“. Sie fördern den inhaltlichen Austausch zwischen Kantonen, Kreisen und Ländern. Bisher haben zur Umsetzung der Bodensee Agenda 21 folgende Aktivitäten stattgefunden:

- öffentlicher Nachhaltigkeitswettbewerb für beispielhafte Projekte 1999
- Aufbau von Vernetzungsinfrastrukturen wie Internet-Auftritt, Veranstaltungen, Symposien und die Schaffung von Anlaufstellen im Jahr 2000
- Themenschwerpunkt Wirtschaft und Verkehr 2001/2002 mit Nachhaltigkeitswettbewerb und Veranstaltungsprogramm. Dabei wurde eine Preissumme von 120'000 DM an 28 von 122 eingereichten Projekten ausbezahlt. 24 Projekte kommen aus der Region St.Gallen-Appenzell. Die Projekte Rebaumarkt Caritas und der Bauernmarkt aus der Stadt St.Gallen wurden mit einem Preis ausgezeichnet.
- Themenschwerpunkt Lebensräume-Lebensträume: Raum sinnvoll nutzen 2002/2003
- Pilotprojekte, Veranstaltungen, spezifische Aktivitäten für Kinder und Jugendliche.

Die städtische Umweltfachstelle pflegt Kontakt zu den Anlaufstellen der Kantone St.Gallen und Appenzell-Ausserrhoden und ist aktiv im Netzwerk der Bodensee Agenda 21.



2.4 Lokale Agenda 21 in St.Gallen

2.4.1 Bisherige Aktivitäten

Formell ist die Stadt im Jahre 1998 in den Prozess Lokale Agenda 21 eingetreten. In einer Broschüre „Agenda 21“, die national Anerkennung fand, hat die Stadt die Thematik der Agenda 21 aufgearbeitet. Ebenfalls 1998 organisierte die Umweltfachstelle in Zusammenarbeit mit dem kantonalen Amt für Umweltschutz und dem Institut für Wirtschaft und Ökologie der Universität St.Gallen die öffentliche Veranstaltungsreihe „Vom Wort zur Tat – Nachhaltiges Handeln in St.Gallen“ und trat so erstmals mit dem Thema in einen öffentlichen Diskurs. Im gleichen Jahr wurde eine Situationsanalyse über Stärken und Handlungsdefizite, Spielräume und wichtigste Akteure in der Verwaltung durchgeführt. Im Januar 1999 wurde ein Massnahmenpaket mit besonderem Stellenwert für die Nachhaltige Entwicklung angegangen. Es handelte sich um Projekte wie Ideen fürs Quartier, eine ganzheitliche Bauberatung, eine Kampagne zur Förderung der Flachdachbegrünung oder spezifische Angebote in der internen Weiterbildung. Die Umweltfachstelle wurde als Koordinations- und Anlaufstelle (Agendabüro) bestimmt. Im Rahmen dieser Funktion setzte die Umweltfachstelle einen Schwerpunkt in ihrer Öffentlichkeitsarbeit. In den Jahren 1999 und 2000 wurde das Thema Nachhaltige Entwicklung mit einer öffentlichen Veranstaltung, einer Tagblatt-Beilage sowie einer OFFA-Sonderschau unter dem Titel „Lebensraum Zukunft“ in die Bevölkerung hinaus getragen. Die Umweltfachstelle begleitete diese Aktivitäten und knüpfte mit Tagungen, Kontakten zu Städten und Kantonen, zur Bodensee Agenda 21 und zum Bund sowie zu verschiedensten Organisationen in der Stadt ein Netzwerk. Für eine ideelle und aktive Unterstützung des Agenda-Prozesses wurde das Patronat LA 21 Stadt St.Gallen mit Persönlichkeiten aus sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Organisationen und Interessengruppen ins Leben gerufen. Projekte wie die Plattform für 30 Organisationen an der OFFA oder interne Weiterbildungsangebote zur Vernetzung leisteten einen wichtigen Beitrag zur Information und Sensibilisierung der Bevölkerung. Für Interessierte wurde zudem in Zusammenarbeit mit dem schweizerischen Verein Lokale Agenda 21 ein Seminar „BotschafterInnen der LA 21“ durchgeführt.

Anzumerken bleibt, dass praktizierte Nachhaltige Entwicklung keine Erfindung der letzten Jahre ist; teilweise schon seit Jahrzehnten verfolgen verschiedene städtische Dienststellen Ziele, die unter Lokale Agenda 21 oder Nachhaltige Entwicklung subsumiert werden können. Sie taten und tun dies allerdings nicht unter diesem Label.

2.4.2 Rahmenbedingungen

Die Stadt St.Gallen ist mit den klassischen Problemen jeder Kernstadt konfrontiert. Das durchschnittliche Steueraufkommen wegziehender Haushalte liegt höher als jenes der zu-



ziehenden. Ausgangspunkt nicht nur der Abwanderungs-, sondern auch der Verkehrsproblematik ist die räumliche Mobilität. Die Stadtentwicklung ist mit der Entmischung von Quartieren konfrontiert. Es stellen sich spezifische Probleme im Bildungs- und Sozialwesen, im Bereich öffentliche Sicherheit, bezüglich des schwindenden Engagements für das Gemeinwesen sowie der Abgeltung zentralörtlicher Leistungen in den Bereichen Sport, Kultur und Verkehr. Globalisierung und Liberalisierung sowie gesellschaftliche Tendenzen hin zu Individualismus und zu Kommerzialisierung machen die Aufgaben der Politik auch auf Gemeindeebene zunehmend komplexer. Eine räumliche und gesellschaftliche Stadtentwicklung, die weiterhin eine hohe Lebensqualität zum Ziel hat, steht deshalb vor der schwierigen Aufgabe, die Attraktivität der Stadt St.Gallen als regionalem Zentrum für alle Bevölkerungsschichten als Wohn-, Lebens- und Arbeitsraum zu erhalten und zu verbessern.

Eine auf Nachhaltigkeit zielende Entwicklung der Stadt St.Gallen gehört somit zu den wichtigen Herausforderungen der kommenden Jahre und Jahrzehnte. Diese besteht darin, einen eigenen, auf die konkreten Verhältnisse der Stadt bezogenen Weg zu definieren und zu beschreiten. Vorrangiges Ziel ist nicht ein neues umfassendes Konzept, sondern eine Konzentration möglicher Massnahmen auf erkannte wichtige Handlungsbereiche, die in ihrer Wirkung insbesondere die Lebensqualität auch der nachfolgenden Generationen sicherstellen. Eine LA 21 soll nicht bestehende Planungsinstrumente wie Leitbild und Legislaturziele ersetzen, sondern gezielt ergänzen und Akzente setzen. Nachhaltiges Handeln soll weiterhin dezentral in der Verantwortung der einzelnen Dienststellen bzw. Verwaltungsabteilungen liegen. Notwendig sind eine verstärkte Koordination und Abstimmung über die verwaltungsinternen Grenzen hinweg und gegen aussen sowie ein adäquates Monitoring, um das Wirken der verschiedenen Verwaltungsbereiche beurteilen zu können.

2.4.3 Vorgehen zur Postulatsbeantwortung

Nach einer inhaltlichen und konzeptionellen Standortbestimmung wurde eine Methodik entwickelt, um die Massnahmenswerpunkte bzw. Handlungsbereiche einer auf die lokalen Verhältnisse der Stadt St.Gallen zugeschnittenen LA 21 bestimmen zu können. Die Basis für die Definition bildeten primär das städtische Leitbild und die Legislaturziele 2001-2004. Diese wurden in einem ersten Schritt auf ihre Bedeutung und Relevanz im Rahmen der LA 21 hin überprüft. Anschliessend wurde geprüft, ob bei den relevanten Zielen tatsächlich Handlungsbedarf besteht. Aus dem Vergleich der Sollvorstellungen mit der tatsächlichen Situation wurde der Handlungsbedarf abgeleitet. In einem dritten Schritt wurde in denjenigen Bereichen, in denen Handlungsbedarf gegeben war, geprüft, ob sie im Zuständigkeitsbereich der Stadt liegen. Bereiche, die ausserhalb der städtischen Zuständigkeit liegen, wurden nicht mehr weiter verfolgt. In Bereichen mit städtischer Zuständigkeit wurde als vierter Schritt geprüft, ob Konflikte mit andern Zielen bzw. Bereichen bestehen. Zielkonflikte (z.B

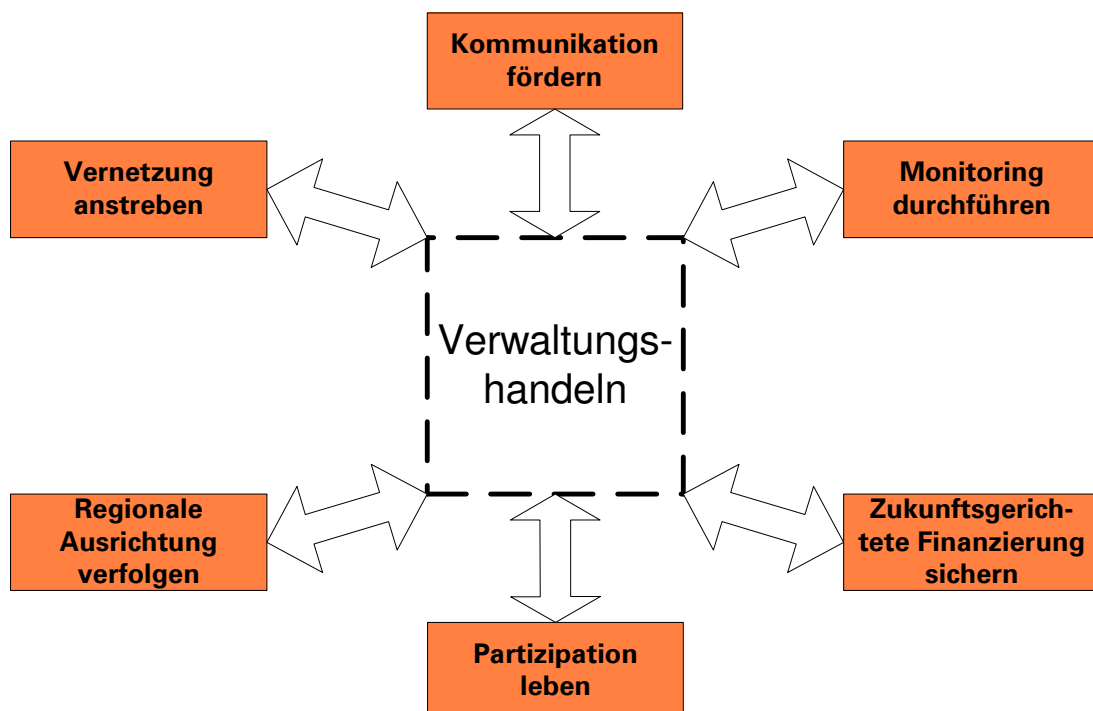


langfristige Finanzierbarkeit, Kosten/Nutzen-Verhältnis etc.) waren in vielen Fällen vorhanden und mussten transparent gemacht werden. Als letzter Schritt wurden Prioritäten festgelegt und priorisierte Handlungsbereiche in die Auslegeordnung aufgenommen. *Beilage 1* verdeutlicht diesen Ablauf anhand eines konkreten Beispiels aus dem Entsorgungsbereich.

Als Resultat des breiten Prozesses innerhalb der Verwaltung liegt eine Auslegeordnung der Zielfelder und Handlungsbereiche mit besonderer Bedeutung für die Nachhaltige Entwicklung und für den Erhalt der Standortattraktivität der Stadt St.Gallen vor (s. Kap. 4).

3 Handlungsgrundsätze

Eine Lokale Agenda 21 rückt neben konkreten Sachzielen auch Prozessziele ins Blickfeld. In diesem Sinne wurden sechs Handlungsgrundsätze (vgl. folgende Grafik) formuliert, die für das gesamte Verwaltungshandeln generell gültig sein sollen. Ihre Anwendung liegt in der Verantwortung jeder einzelnen Dienststelle. Die Anwendungsweise ist auf den jeweiligen Arbeitsbereich oder auf ein konkretes Projekt abzustimmen. Für die Implementierung der Handlungsgrundsätze ist vorgesehen, diese an sogenannten Trägerprojekten, die geplant oder bereits angelaufen sind, exemplarisch anzuwenden und daraus eine Wegleitung zu entwickeln, die als praxistaugliches Instrument mithelfen soll, dass das Gedankengut der Nachhaltigen Entwicklung das tägliche Verwaltungshandeln mehr und mehr durchdringen wird.



3.1 Kommunikation fördern

Kommunikation ist nicht einfach nur offene Information, sondern wird als interaktiver Prozess verstanden. Dieser soll vermehrt aktiv angestossen werden, und darauf aufbauend soll ein gemeinsames Verständnis erarbeitet werden. Zielgruppenspezifische Informationen (z.B. für die ausländische Mitbevölkerung, für die Jugend) mit Einladung zum Dialog fördern die Kommunikation. Mit dem städtischen Kommunikationskonzept ist die Grundlage für eine nachhaltige Kommunikation gelegt worden.

3.2 Vernetzung anstreben

Vernetzung soll die Kommunikationswege vereinfachen und den Dialog zwischen Gruppen und Personen mit verschiedensten Interessen und Aufgaben fördern. Sie ist insbesondere innerhalb der Verwaltung gefordert, wo fachbezogene Zuständigkeiten vorherrschen, aber immer mehr Projekte interdisziplinäres und koordiniertes Vorgehen verlangen. Für einen breit getragenen Prozess ist aber auch die Vernetzung über die Verwaltung hinaus unabdingbar. Ein erster Ansatz ist das Patronat LA 21 (s. Kap. 5.2), welches als Multiplikator wirkt, die Sensibilisierung verstärkt und Anregungen in die Verwaltung liefert. Primär ist der Grundsatz aber bei konkreten Projekten und abgestimmt auf diese zu beachten.

3.3 Regionale Ausrichtung verfolgen

Viele künftige Aufgaben und Fragestellungen bedürfen überkommunaler und regionaler Zusammenarbeit. Lösungen und Trägerschaften sind gefragt, in denen Nutzniesser und Financier übereinstimmen. Wichtig ist der regionale Austausch insbesondere dort, wo die Stadt zunehmend Zentrumsfunktion übernimmt. In der Agglomerationspolitik ist auch eine verstärkte Zusammenarbeit mit Kanton und Bund erforderlich.

3.4 Partizipation leben

Die heute vorherrschende Individualisierung, die oft fehlende Zivilcourage und soziale Kontrolle wirken der Partizipation entgegen. Das Interesse am Gemeinschaftlichen, das Engagement für die Gesellschaft und die aktive Mitarbeit sind als zentrale Elemente zu fördern. Wichtig ist dafür die Bereitstellung einer Plattform für kaum organisierbare Interessen. Der frühe Einbezug der Betroffenen soll den Fokus auf gemeinsame Ziele und Nutzen und damit das konsensorientierte Vorgehen fördern.



3.5 Zukunftsgerichtete Finanzierung sichern

Nachhaltige Finanzpolitik bedeutet, die Lasten möglichst gerecht auf heutige und zukünftige Nutzniesser zu verteilen. Dabei ist neben dem Verursacherprinzip auch das Prinzip der finanziellen Leistungsfähigkeit zu beachten. Konkret bedeutet dies die immer wieder notwendige Auseinandersetzung mit der Frage der angemessenen Verschuldung einerseits und der Frage der Gebühren- oder Steuerfinanzierung anderseits.

Auf der Ebene der einzelnen Projekte bedeutet dies, dass vor dem Beginn der Arbeiten Kosten-/Nutzenüberlegungen angestellt und ihre erwarteten Auswirkungen auch auf der Finanzierungsseite berücksichtigt werden müssen.

3.6 Monitoring durchführen

Analog zu den in der Wirtschaft und in Teilen der Verwaltung bereits etablierten Qualitäts- und Umweltmanagement-Systemen, die zur Überprüfung des steten Verbesserungsprozesses entsprechende Beurteilungskriterien verwenden, sollen das Verwaltungshandeln bzw. Vorhaben und Projekte im Rahmen der LA 21 nach folgenden Massstäben beurteilt werden:

- a Für jedes Projekt werden in der Konzept- und Planungsphase qualitative und, falls möglich und nützlich, auch quantitative Kriterien festgelegt, die einerseits die Anwendung und den Umgang mit den Handlungsgrundsätzen der LA 21 regeln sowie anderseits die Absichten und Ziele hinsichtlich der drei Ziel-Dimensionen der Nachhaltigen Entwicklung (Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt) festlegen.
- b Die Entwicklung eines Indikatoren-Sets soll erlauben, einen Vergleich mit anderen Städten (Bench-Marking) anzustellen und den Prozess LA 21 bzw. die erreichten Fortschritte zu dokumentieren. Das Indikatoren-Set ist keine Beurteilungsgrösse für die Wirkung eines einzelnen Projekts, sondern eine Aussage über den Stand des Prozesses der Nachhaltigen Entwicklung, der im Geschäftsbericht kommuniziert werden soll.

4 Zielfelder, Handlungsbereiche und Trägerprojekte

Die Auslegeordnung über den Handlungsbedarf in den Verwaltungsbereichen und über mögliche Schwerpunkte und Projekte ergab rund 50 Schwerpunkte, 50 laufende Projekte und 30 Projektideen. Dabei handelt es sich um dienststellenspezifische Einschätzungen ohne Anspruch auf Vollständigkeit und allgemeine Relevanz. Aus diesem Themenpool können in Zu-



kunft geeignete Projekte entnommen werden. Die Verantwortung für die Initiierung und Durchführung dieser Projekte liegt bei den Verwaltungsabteilungen bzw. Dienststellen.

Diese Auslegeordnung wurde in 20 Handlungsbereiche gruppiert, welche den Kern des LA21-Prozesses in der Verwaltung bilden. Sie wurden in die sechs Zielfelder Energie und Klimaschutz, Integration, Natur und Umwelt, Quartierentwicklung, Standortattraktivität sowie Wohlbefinden und Sicherheit eingeteilt.

Aus diesen sechs Zielfeldern wurde je ein Trägerprojekt ausgewählt. Diese sechs Trägerprojekte befassen sich mit einem Handlungsbereich mit Schwerpunktcharakter und sind für die exemplarische Anwendung der Handlungsgrundsätze geeignet. Mit einem siebten Trägerprojekt soll ein wichtiges Instrument für die Umsetzung der LA 21, das Indikatoren-Set Nachhaltige Entwicklung, geschaffen werden. Mit den Trägerprojekten werden folgende Ziele angestrebt:

- Das Gedankengut der Nachhaltigen Entwicklung soll nicht abstrakt, sondern anhand von konkreten Projekten umgesetzt und nach aussen getragen werden. Die Trägerprojekte werden dadurch Botschaftsträger der Nachhaltigen Entwicklung.
- Die Erfahrungen aus den Trägerprojekten sollen in eine Wegleitung LA21 für nachhaltiges Verwaltungshandeln (nach den sechs Handlungsgrundsätzen gem. Kap. 3) einfließen. Diese Wegleitung LA21 soll auch die Verwaltung für die Themen der Nachhaltigen Entwicklung in ihren Alltagsgeschäften sensibilisieren.

Die folgende Grafik bietet einen Überblick über die Zielfelder mit den entsprechenden Handlungsbereichen und über die Trägerprojekte:



Überblick Zielfelder, Handlungsbereiche und Trägerprojekte



4.1 Zielfeld Energie und Klimaschutz

Klimaschutz erfordert eine Reduktion des Energieverbrauchs. Der „energetische Fussabdruck“ der St.Galler und St.Gallerinnen ist wie in allen Industrienationen im Vergleich zu demjenigen, wie er für die Nachhaltige Entwicklung zu verantworten wäre, zu gross. Rund ein Drittel des CO₂-Ausstosses wird durch den Verkehr verursacht. Etwas über die Hälfte der CO₂-Emissionen sind dem Bereich Heizen/Warmwasser zuzuschreiben, ein Bereich, der durch städtische Energiepolitik massgeblich beeinflussbar ist und auch mit monetären Anreizen gesteuert wird. So lässt sich am Beispiel der Fernwärmeversorgung vorrechnen, dass dank der Abwärmenutzung der KVA St.Gallen jährlich 6'000 Tonnen Heizöl eingespart und damit ca. 17'000 Tonnen CO₂ vermieden werden können. Die lokale Luftverschmutzung ist hauptsächlich ebenfalls direkt vom Energieeinsatz abhängig.

- Handlungsbereich Mobilität

Der Verkehr ist eines der grossen Sorgenkinder im Klimaschutz und in der Luftreinhaltung. Gefördert werden muss ein stadtverträglicher Verkehr, d.h. langsame und intelligente Mobilität. Parallel hierzu sind auch positiv wirkende Anreize zu schaffen, welche Verhaltensänderungen unterstützen. Attraktive Fussgängerzonen, flächendeckende Radwegnetze, Tempo 30-Zonen in den Quartieren, Massnahmen zur Verkehrsberuhigung in der Altstadt, Parkleitsysteme, die Verlagerung von Langzeit-Parkflächen an den Altstadtgürtel und neuartige Projekte für Strassenraumgestaltungen zeichnen den Weg vor, der in Zukunft weiter beschritten werden soll. Eine gute, nachfragegerechte Erschliessung mit öffentlichen Verkehrsmitteln bildet dabei das Rückgrat. Die Stadt St.Gallen erhielt im Rahmen der kürzlich erfolgten Zertifizierung mit dem Label Energiestadt mit 70 % der möglichen Punktzahl in diesem Bereich die Note gut. Verbesserungspotenzial besteht allerdings weiterhin.

- Handlungsbereich Energienutzung / -versorgung

Im Gegensatz zur Mobilität steht hier der technische Ansatz im Vordergrund. Insbesondere im Bereich Wärme soll der Einsatz von neuen Technologien gefördert werden. Mit dem Energiefondsreglement sind die Voraussetzungen für eine finanzielle Förderung gegeben. Die rein finanzielle Förderung soll in Zukunft gezielt ergänzt werden durch eine aktive Energieberatung im Rahmen von Baubewilligungen sowie mit Empfehlungen bezüglich Einsatz erneuerbarer Energie, Abwärmenutzung und MINERGIE im Rahmen von Sondernutzungsplänen. Für grössere Bauvorhaben im Rahmen von Sondernutzungsplänen sollen konsequent Energiekonzepte verlangt werden.



- **Handlungsbereich Energiepolitik**

Mit einem „Masterplan Energie“ für die Stadt St.Gallen soll das bestehende Energiekonzept aus dem Jahr 1993 auf eine neue Schiene gebracht werden. Eine entsprechende Überarbeitung des Energiekonzepts ist für das Jahr 2006 vorgesehen. Sie ist ein wichtiger Schwerpunkt im Aktivitätenprogramm für die Rezertifizierung von St.Gallen als Energiestadt im Jahr 2006.

4.1.1 Trägerprojekt Label Energiestadt

Im Jahr 2003 hat der Stadtrat beschlossen, für die Stadt St.Gallen den Zertifizierungsprozess Label Energiestadt anzustossen. Zweck dieses Prozesses ist die Einrichtung eines Management-Systems, das einen Überblick über die bereits erfolgten energiepolitischen Anstrengungen der Stadt gestattet, weitergehende Aktivitäten mit den Zielen des Bundesenergieprogramms Energieschweiz abstimmt und künftige Massnahmen bündelt, die dezentral im Zuständigkeitsbereich der verschiedenen Verwaltungsabteilungen und Dienststellen liegen. Eine externe Kommission beurteilt die umgesetzten Massnahmen anhand einer schweizweit geltenden Kriterienliste für die Erst- und danach alle drei Jahre für die Rezertifizierung. Ende September 2003 wurde der Stadt St.Gallen das Label Energiestadt nach einem mehrere Monate dauernden Zertifizierungsprozess offiziell übergeben.

Ziel dieses Trägerprojekts ist nicht die Umsetzung von Massnahmen, sondern die Einrichtung und Betreuung des Management-Systems zum Label Energiestadt. Die Umsetzung der geplanten und in den zuständigen Gremien beschlossenen Massnahmen zur Energieeffizienzsteigerung liegt in der Verantwortung der einzelnen Verwaltungsabteilungen.

Die Verantwortung für das Trägerprojekt liegt beim städtischen Energiebeauftragten. Die Projektorganisation ist aufgeteilt in zwei Gruppen: Als Querschnittsgremium mit strategischen und konzeptionellen Aufgaben agiert die verwaltungsinterne Umweltschutzkonferenz, welche vom Vorstand der Technischen Betriebe geleitet wird. Die Arbeitsgruppe ist aus Vertretern der durch diesen Prozess am meisten tangierten Dienststellen zusammengesetzt.

Der Zeithorizont für dieses Trägerprojekt ist offen. Erster Meilenstein ist die Rezertifizierung im Jahre 2006, die zeigen wird, inwiefern sich die Stadt St.Gallen auf dem Weg der steten Verbesserung befindet.

Schwerpunkte bei den Massnahmen des Aktivitätenprogramms 2004-2006 sind die Überarbeitung und Aktualisierung des städtischen Energiekonzepts, die Einführung des MINERGIE-Standards unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Tragbarkeit und einer Energiebuchhaltung für stadteigene Gebäude, die Bewirtschaftung der Parkplätze der Stadtverwaltung und Schulen sowie die Schaffung zusätzlicher Veloabstellplätze für städtische Angestellte.



Sowohl die Ziele des Labels wie auch das Zertifizierungsinstrument umfassen wesentliche Merkmale der LA 21.

4.2 Zielfeld Integration

Integration ist eine Daueraufgabe, die verstärkt für verschiedene Zielgruppen angegangen werden muss. Dazu gehören die älteren Menschen, denen z.B. alternative Wohnformen ermöglichen sollen, ihre Lebensgewohnheiten auch im Alter weiter zu leben. Für Menschen mit Behinderungen ist die Selbstbestimmung und Selbständigkeit im täglichen Leben zentral für ihre Integration. Eine Gruppe, durch deren Integration ganz besonders aus sozialen, wirtschaftlichen und auch aus ökologischen Gründen ein grosser Nutzen für die Allgemeinheit entsteht, ist die ausländische Bevölkerung aus fremden Kulturkreisen.

Integration heisst auch Mitsprache ermöglichen. Der Einbezug der ausländischen Bevölkerung in das gesellschaftliche Leben der Stadt St.Gallen soll durch entsprechende Massnahmen gefördert werden, denn Mitsprachemöglichkeiten führen zu mehr Mitverantwortung und letztlich auch zu mehr gegenseitiger Akzeptanz und Toleranz.

- Handlungsbereich Zusammenleben

28 % der Bevölkerung von St.Gallen haben keinen Schweizerpass, 40 % aller neugeborenen Kinder in der Stadt St.Gallen haben ausländische Eltern. Die erfolgreiche Integration der ausländischen Bevölkerung ist eine soziale und volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Nur mit motivierten, beruflich und gesellschaftlich gut integrierten Migrantinnen und Migranten sind zu dem Folgekosten zu vermeiden und die Sozialwerke langfristig zu sichern

Bei der Umsetzung des Integrationskonzeptes setzt die städtische Integrationsstelle Schwerpunkte in den Bereichen Partizipation, Information, sprachliche Ausbildung, Kinderprojekte sowie Kulturvermittlung und Mediation. Sie orientiert sich dabei am Leitsatz „fördern und fordern“.

Integration bedeutet aber auch, dass vorhandene Strukturen in Verwaltung und Gesellschaft optimiert und „integrationsfit“ gemacht werden. Städtisches Personal mit Publikumsverkehr ist in Kulturvermittlung und Konfliktbewältigung zu schulen und die Ressourcen (Sprach-/Kulturkompetenzen) ausländischer Mitarbeitender sind aktiver zu nutzen.

- Handlungsbereich Schule

Die teilautonomen Quartierschulen leisten vielfältige und auf die Schüler- und Elternschaft ausgerichtete Anstrengungen, um die Integration zu unterstützen. Je nach Quartier bestehen unterschiedliche Angebote wie die integrierte Schüler- und Schülerinnenförderung (inkl.



Begabtenförderung), Elternforen, zusätzliche Differenzierungen innerhalb der Klassen, schulische Betreuungsangebote und Aufgabenhilfe.

Die Durchmischung der Klassen jedoch ist in einzelnen Quartieren und insbesondere in der Oberstufe (Realschule) nicht mehr gegeben. Darunter leidet das Image der Quartierschule mit der Folge, dass zum Teil Familien abwandern. Die verstärkte Zusammenarbeit verschiedener Stellen (Jugendsekretariat, Vormundschaftsamt, Integrationsstelle, Stadtplanung, Hochbauamt, Schulamt) soll dazu beitragen, dass jedes Kind in jedem Schulhaus eine erfolgreiche Schullaufbahn einschlagen kann.

Kulturkonflikte und gescheiterte Schulkarrieren von Migrantenkindern sind oft Resultat fehlender gesellschaftlicher Integration der Eltern, verbunden mit mangelnder oder gänzlich fehlender Elternmitwirkung in den Schulen. Defizite bestehen in den Bereichen Schulinformation, Integration im Quartier, Deutschkenntnisse der Eltern sowie bei der Integration von Kindern im Vorschulalter.

- **Handlungsbereich zielgruppenorientierte Integration**

Gesellschaftliche Entwicklungen verlangen immer wieder eine besondere Rücksichtnahme auf benachteiligte Personengruppen. So sind auch ältere Menschen sowie Menschen mit einer Behinderung ein wichtiger Teil in unserer Gesellschaft. Ziel ist es, vor allem die Selbsthilfe und die Mitbestimmung der älteren und behinderten Menschen in der Stadt zu fördern. Die Konferenz für Alters- und Behindertenfragen der Stadt St.Gallen nimmt sich dieser Probleme an und erarbeitet im Rahmen ihres Auftrags die notwendigen Massnahmen.

Aber auch Sozialhilfebezügerinnen und -bezüger werden oft an den Rand der Gesellschaft gedrängt. So ist auch in der Sozialhilfe - nebst der finanziellen Unterstützung - die Integration in die Gesellschaft sowie in den Arbeitsmarkt ein zentrales Thema. Diesem Anliegen tragen sowohl das Sozialamt als auch die Stiftung für Arbeit Rechnung. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Ausbildung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen gelegt.

4.2.1 Trägerprojekt Begrüssung und Einführung von Neuzuzüger/-innen in die Stadt St.Gallen.

In dieses Trägerprojekt involviert sind die Integrationskommission, das Komitee Begrüssungsparty, das Sekretariat der Verwaltung des Innern, das Einwohneramt, das Schulamt, Schlüsselpersonen von der Arbeitsgemeinschaft für Integrationsfragen, diverse Ausländerorganisationen sowie Fach- und Verwaltungsstellen.

Bei der Ankunft in St.Gallen sollen fremdsprachige Neuzuziehende schrittweise und verständlich in das Leben und das Angebot in St.Gallen sowie ihre Rechte und Pflichten eingeführt werden. Dabei sind die bestehenden Strukturen zu berücksichtigen und allenfalls zu



optimieren. Folgende fünf Elemente sind geplant, wovon die ersten bereits eingesetzt werden:

- Anmeldung auf dem Einwohneramt
- offizielle Begrüssung an der St.Galler Begrüssungsparty
- Basis-Informationen (Informationsveranstaltung in der Muttersprache über den Lebensalltag in St.Gallen zusammen mit den betroffenen Fach- und Verwaltungsstellen)
- Angebote und Hilfestellungen aus dem Integrationskonzept
- Vernetzung mit anderen Akteuren im Integrationsbereich und Nutzung ihrer Ressourcen.

4.3 Zielfeld Natur und Umwelt

Ein intakter Lebensraum ist Voraussetzung für die Gesundheit und das Wohlbefinden. Die Basis dafür bilden gesunde Umweltmedien wie Luft, Boden und Wasser. Im urbanen Raum gilt es viele verschiedene Interessen aufeinander abzustimmen. Die Richt- und Nutzungsplanung bietet mit den Teilbereichen „Verkehr“, „Siedlung“ und „Natur und Landschaft“ ein wirksames Instrument zur nachhaltigen Ausrichtung der zukünftigen Nutzung, aber auch zum Schutz des Lebensraumes. Wichtig ist es, klare Akzente zugunsten der Natur zu setzen. Hierzu gehört auch die Bereitstellung, Sicherung und Aufwertung der Grün- und Freiraumqualität im Quartier.

- Handlungsbereich Naturräume

Naturwerte werden durch steigende Nutzungsansprüche innerhalb der Siedlung immer stärker bedrängt. Den Aspekten der Naturraumvernetzung im urbanen Raum ist besondere Beachtung zu schenken. Der Naturraum ausserhalb des Siedlungsgebietes wird durch die Landwirtschaft und durch Freizeitaktivitäten immer mehr bedrängt. Erholungsgebiete und Raum für Freizeitaktivitäten sind für die Lebensqualität in einer Stadt zwar ausserordentlich wichtig. Ziel ist es jedoch, dass auch die Natur ihre Ruhe und ihren Platz behält. Es gilt, die Natur vor der teilweisen Übernutzung durch Landwirtschaft und Erholungssuchende zu schützen und die diversen Nutzungen zu „kanalisieren“. Entsprechende Schutzverordnungen existieren bereits für die Gebiete Sitter- und Wattbachlandschaft, Dreilinden/Notkersegg und Wenigerweiher. Weitere Schutzverordnungen sind in Arbeit für den Burgweiher und für das Goldachtobel (unter Federführung des Kantons).

- Handlungsbereich Nichtionisierende Strahlung

Durch den Boom der Mobiltelefonie hat mit nichtionisierender Strahlung eine neue Umweltbelastung in der Stadt Einzug gehalten. Durch die nach wie vor vorherrschende Unsicherheit



über ihre Wirkung entstehen zusätzlich psychische Belastungsmomente. Neben dem Vollzug der Vorschriften soll dieser Belastung mit einer konstruktiven Planung gemeinsam mit den Betreibern der Mobilfunkanlagen und mit einer transparenten Information der Bevölkerung begegnet werden.

- **Handlungsbereich Gewässerschutz**

Nach erfolgter Sanierung und Erweiterung der ARA Au sowie der Aufhebung der ARA Hättenwald können die verschärften gesetzlichen Einleitbedingungen für gereinigtes Abwasser in die Sitter eingehalten werden. Dies verbessert die Wasserqualität dieses wichtigen Vorfluters. Im Falle der Steinach sind mittelfristig weitere technische und betriebliche Massnahmen auf Stadtgebiet und entlang der Steinach erforderlich, um die schlechte Wasserqualität nachhaltig zu verbessern.

Neben der Einleitung der gereinigten Abwässer aus der Abwasserreinigungsanlage werden die Vorfluter zusätzlich durch zu früh anspringende Hochwasserentlastungen belastet. Hier gilt es den generellen Entwässerungsplan (GEP) konsequent voranzutreiben. Unverschmutztes Abwasser und unbelastetes Regenwasser sollen möglichst versickert werden. Verschmutztes und unverschmutztes Abwasser soll - soweit technisch möglich und betriebswirtschaftlich sinnvoll - getrennt abgeleitet werden, insbesondere in den neueren Aussenquartieren. Um Abflussspitzen zu brechen, sind geeignete Retentionsmöglichkeiten zu schaffen bzw. zu nutzen. Schliesslich belasten auch Einträge neuer, nicht abbaubarer Stoffe (z.B. hormonwirksame Medikamente) in den Wasserkreislauf zunehmend unsere Nahrungskette.

4.3.1 Trägerprojekt Wasserqualität Steinach

Die Stadt St.Gallen hat in den vergangenen Jahrzehnten hohe Investitionen zur Verbesserung der Wasserqualität der Steinach getätigt. So wurde anfangs der achtziger Jahre der neue Steinachstollen realisiert, der das Wasser der Steinach von der Mühlegg an aufnimmt und die Bäche vom Freudenberg her sammelt. Das Regenbecken Lukasmüli nimmt das Schmutz- und Regenwasser aus den Gebieten Heiligkreuz, Zentrum und Neudorf auf und führt es dosiert der Abwasserreinigungsanlage (ARA) Hofen zu. In den vergangenen Jahren wurden auch neue Entwässerungskonzepte erarbeitet, die eine verstärkte Alimentierung der Steinach mit sauberem Regenwasser anstreben und verschmutztes Abwasser verstärkt vom Bach fernhalten (GEP-Massnahmen).

Die Wasserqualität der Steinach leidet dennoch bei grösseren Regenereignissen durch Belastungen aus dem Kanalnetz, weil bei Starkregenereignissen - zwar sehr verdünnt - auch ungereinigtes Abwasser über Hochwasserentlastungen direkt in die Steinach gelangt. Zudem



liegt eine chronische Belastung durch die ARA Hofen vor. Insbesondere ist das Verhältnis von gereinigtem Abwasser zum natürlichen Flusswasser mit 50:50 sehr ungünstig. Obwohl die gesetzlichen Einleitbedingungen bzw. Grenzwerte unterschritten werden, sind nach heutiger Einschätzung weitergehende technische und betriebliche Massnahmen auf Stadtgebiet sowie auch bei weiteren Gemeinden entlang der Steinach erforderlich, damit die Wasserqualität nachhaltig wieder die natürlichen Verhältnisse erreichen kann. Ein zentraler Aspekt ist neben der ökologischen Verbesserung eine tragbare Finanzierung dieser Massnahmen.

Inhalt dieses Trägerprojekts ist es, nachhaltige Massnahmen zu evaluieren und die technische und finanzielle Machbarkeit zu prüfen. Grundsätzlich sollen technische Lösungen zu einer Verbesserung der Lebensgrundlagen in der Steinach führen.

Die Verantwortung für dieses Trägerprojekt liegt beim Entsorgungsamt. Die Projektpartner sind in zwei Gruppen zusammengefasst. Die konzeptionelle Arbeit wird im Rahmen einer multidisziplinären Arbeitsgruppe unter Beizug von Mitarbeitenden des ESA, der Stadtwerke, des Abwasserverbandes Morgental resp. der Vertreter der Gemeinde Steinach sowie durch weitere Stellen, wie die kantonalen Fachstellen, das Seenforschungsinstitut Langenargen und die Eidgenössische Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz (EAWAG) geleistet. Das Projekt soll bis in rund drei Jahren zu einem Entscheid bezüglich Massnahmenkonzept führen. Bis zur Inangriffnahme und zum Abschluss der Massnahme(n) kann es jedoch mehrere Jahrzehnte dauern. Das Massnahmenkonzept muss ständig den relevanten Entwicklungen oder veränderten Rahmenbedingungen angepasst werden.

4.4 Zielfeld Quartierentwicklung

Im Quartier besteht die Nähe zum Geschehen und eine geeignete Plattform für die Übernahme von Verantwortung. Die verschiedenen Aktivitäten sind so auszugestalten, dass eine aktive Mitarbeit aus dem Quartier möglich ist und im Konsens Lösungsansätze gefunden werden. Mögliche Formen sind Zukunftswerkstätten, Arbeitsgruppen und „Runde Tische.“

- Handlungsbereich Lokale Strukturen

Es bestehen bereits Ansätze mit Jugendprojekten im Quartier, die weitergeführt und intensiviert werden können. Ein wichtiger Aspekt ist die Vernetzung und die Zusammenarbeit innerhalb des Quartiers. Erlebnis- und Begegnungsräume für Kinder, Jugendliche und Erwachsene erhöhen die Lebensqualität (Treffpunkte, Spielplätze, autofreie Strassen, Pärke). Die Stadt kann ausserdem Plattformen für die Quartierbevölkerung zur Diskussion und Abklärung der Bedürfnisse bieten. Niederschwellige Angebote fördern den Kontakt zwischen Verwaltung und Quartieren und bieten den dort wohnenden Menschen die Möglichkeit, ge-



meinsam etwas zu bewegen (z.B. Kontaktbeamte Stadtpolizei, Zukunftswerkstatt Lachen, AG Linsebühl, Quarz etc.).

Auch für die weitere Verkehrsberuhigung der südlichen Altstadt wurden neue Wege beschritten. Lösungsansätze wurden an einem moderierten „runden Tisch“ von Interessenvertretern verschiedener Gruppen diskutiert. Eine weitere Zukunftswerkstatt ist im Quartier Heiligkreuz im Spätherbst 2003 geplant.

- **Handlungsbereich Strassenraumgestaltung**

Der motorisierte Verkehr belastet die Wohnräume in den Quartieren. Strassen haben eine Trennwirkung im Quartier, Lärmimmissionen senken die Lebensqualität, und der Verkehr gefährdet die Sicherheit der Bewohnerinnen und Bewohner. Ziel ist es, den Langsamverkehr zu fördern. Für trag- und mehrheitsfähige Lösungen ist eine Mitsprache der Quartierbevölkerung nötig (vgl. Tempo-30-Zonen).

4.4.1 Trägerprojekt Strassen als Begegnungsort

„Strassen zum Leben“ – unter diesem Titel besteht die Absicht, den Strassenraum in Wohngebieten der Stadt, der sich in der Vergangenheit je länger je mehr auf die reine Funktion der Durchleitung des motorisierten Verkehrs reduzierte, wieder vermehrt als Begegnungsraum umzugestalten. Zur Zeit laufen zwei Projektierungen von entsprechenden Strassenraumgestaltungen (Lämmliisbrunnenstrasse und Zürcher Strasse). Beide Projekte sehen eine Planung vor, welche bereits einige Aspekte der LA 21-Handlungsgrundsätze berücksichtigt (z.B. partizipative und kooperative Planung).

Die Projektorganisation gliedert sich bei beiden Projekten in eine „Technische Arbeitsgruppe“ (sie befasst sich mit den fachtechnischen Belangen und trägt die Verantwortung) sowie eine „Politische Begleitgruppe“ (sie gewährleistet den partizipativen und kooperativen Prozess). Während also in die Technische Arbeitsgruppe sämtliche betroffenen städtischen Dienststellen (Tiefbauamt, Stadtplanung, Stadtpolizei, Gartenbauamt, Entsorgungsamt) eingebunden sind, wirken in der Politischen Begleitgruppe Vertreterinnen und Vertreter der Quartiervereine, der Schulen, des Gewerbes, der Verkehrsverbände und der Anwohnerschaft mit.

Bei beiden Projekten muss die Projektorganisation die Grundsätze einer partizipativen und kooperativen Planung sicherstellen. Ausserdem sind die notwendigen Koordinationsanforderungen für Baustellen im städtischen Strassenraum zu gewährleisten. Einerseits sind deshalb alle technisch betroffenen und für die Gestaltung im Strassenraum zuständigen internen Stellen beteiligt, andererseits als externe Beteiligte die Vertreterinnen und Vertreter der



verschiedenen Quartierinteressen sowie Interessierte aus der Politik und von Verkehrsverbänden mit einbezogen.

Der zeitliche Ablauf beider Strassenprojekte und die jeweiligen Arbeitsphasen sind bei beiden Projekten ähnlich. Die Projektabläufe gliedern sich in drei Phasen. In Phase 1 wurden die Planungsunterlagen aufbereitet, Problemanalysen durchgeführt sowie die Vorgaben und Bedürfnisse festgelegt.

In der zweiten Phase wurden durch verschiedene Planungsbüros in Form von Gestaltungsstudien konkrete Entwürfe für die neue Strassenraumgestaltung erarbeitet. In dieser Arbeitsphase war die Mitwirkung des Quartiers und der Interessenvertreter besonders intensiv. Schliesslich wurde im Rahmen der Technischen Arbeitsgruppe sowie der Politischen Begleitgruppe über ein geeignetes Gesamtkonzept entschieden.

Die Projekte leisten durch verschiedene Massnahmen wie Beruhigung und Harmonisierung des Verkehrsablaufes, Erhöhung der Verkehrssicherheit, gestalterische Verbesserung der Strassenraumverhältnisse, Schaffung von zusätzlichen verkehrsfreien Zonen und architektonische Ausgestaltung der Freiflächen einen wichtigen Beitrag zur Steigerung der Wohn- und Lebensqualität entlang den entsprechenden Strassenabschnitten und legen damit einen wesentlichen Grundstein zu einer nachhaltig positiven Entwicklung der beiden Quartiere.

4.5 Zielfeld Standortattraktivität

Damit St.Gallen eine hohe Standortattraktivität als Wohn-, Wirtschafts-, Bildungs- und Kongressstadt hat, sind entsprechende Rahmenbedingungen sowie neue Angebote und Infrastrukturen nötig. Ziel ist die Schaffung eines wirtschafts- und wohlfreundlichen urbanen Raums.

Einwohnerinnen und Einwohner haben verschiedenartige Bedürfnisse wie etwa individuellen und bezahlbaren Wohnraum, ein vielfältiges Arbeitsplatzangebot, sichere und ausgewogene Strukturen im Quartier, ein breites Bildungswesen, ein reichhaltiges Kulturleben, Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche sowie eine hohe Wohn- und Freizeitqualität. Die Wirtschaft ihrerseits braucht intakte Rahmenbedingungen für eine prosperierende Entwicklung.

- Handlungsbereich Wohnen

St.Gallen braucht zusätzlichen attraktiven Wohnraum, besonders für Familien, aber auch für Besserverdienende, um mit Zuwanderung das Steuersubstrat der Stadt längerfristig zu erhöhen. Zu diesem Schluss kam eine vom Stadtrat eingesetzte Arbeitsgruppe „Wanderungsproblematik“, die im Jahr 1998 in ihren Massnahmen gegen die Abwanderung u.a. auch die



Schaffung einer Stelle für Wohnortmarketing empfahl. Im Rahmen der Neuorganisation wurde die Stabsstelle für Wirtschaftsförderung im Jahr 2001 um das Wohnortmarketing ergänzt. Zwischenzeitlich konnten verschiedene Anliegen umgesetzt werden wie die Schaffung einer Informationsbroschüre und eines entsprechenden Internet-Auftritts für potenzielle Zuziehende, der Aufbau einer Liegenschaften-Datenbank mit über 200 Kaufobjekten und mit der Möglichkeit zur gezielten online-Suche auf der Homepage sowie die jährliche Teilnahme an der Immo-Messe St.Gallen und die Beziehungspflege zu den verschiedenen Akteuren im Wohnungsmarkt. Diese fortzuführenden Massnahmen zielen darauf ab, die Vorzüge des städtischen Wohnens bewusst zu machen und die Transparenz auf dem städtischen Liegenschaftenmarkt zu erhöhen.

Obwohl die politische Gemeinde St.Gallen nur wenige unüberbaute Grundstücke besitzt, wird der Bau von grossen Familienwohnungen im Rahmen der Landabgabe im Baurecht gefördert. Beim Erlass von Sondernutzungsplanungen, d.h. bei grösseren Überbauungen, versucht die Stadt ebenfalls darauf hin zu wirken, dass familientaugliche Wohnungsgrundrisse und –grössen realisiert werden. Dabei wird auch eine an Nachhaltigkeitszielen orientierte Wohnumfeldqualität (z.B. Gestaltung und Ausstattung der Spielplätze, standortgerechte Bepflanzungen, Kompostierplatz) angestrebt.

- **Handlungsbereich Arbeit und Bildung**

Stadtbehörden und -verwaltung gewähren einen unternehmensfreundlichen Service, um langfristig die Zahl der Arbeitsplätze zu erhöhen. Dabei steht ein qualitatives Wachstum im Vordergrund. Die Stadt unterstützt Universität, Fachhochschulen und Fachschulen in ihren Bestrebungen, Erweiterungen auf Stadtgebiet vorzunehmen (Projektbegleitung, Landfrage etc.). Tagesstrukturen für Kinder ermöglichen die Erwerbstätigkeit für Mütter und Väter und erhöhen damit die Attraktivität als Wohn- und Arbeitsort.

Die Handlungsmöglichkeiten der Stadt sind insbesondere im Bereich der Arbeitsmarktpolitik beschränkt, da der gesamte Bereich der Arbeitsvermittlung per 1. Januar 2002 an den Kanton übergegangen ist. Im Rahmen ihrer sozialen Verantwortung und des geringen politischen Spielraums jedoch ermöglicht die Stadt ihren Lehrlingen nach dem Berufsabschluss ein zeitlich befristetes Praktikum, um die im Arbeitsmarkt verlangten Erfahrungen sammeln zu können. Das Bildungsangebot auf Stadtgebiet ist vielfältig und umfassend. Die Stadt ist auch in Zukunft bestrebt, die Bildungsinstitutionen bei ihren weiteren Ausbauschritten mit optimalen Rahmenbedingungen zu unterstützen.



- **Handlungsbereich Unternehmen und Gewerbe**

Die Stadt will auch in Zukunft ihre führende Stellung als ostschweizerisches Wirtschaftszentrum behaupten und sich im Rahmen einer aktiven Wirtschaftsförderung für eine zukunftsorientierte Entwicklung und attraktive Standortbedingungen einsetzen.

Bestehende und neu zuziehende Unternehmen sollen ein Umfeld vorfinden, das der wirtschaftlichen Prosperität förderlich ist. Dazu zählen ein vielfältiges Bildungsangebot, eine kundenorientierte Verwaltung mit schlanken Prozessen, eine berechenbare Finanzpolitik mit mässiger Steuerbelastung, eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur wie auch eine intakte Wohn- und Lebensqualität für Bevölkerung und Berufspendelnde.

Ein sorgfältiger Umgang mit den wenigen noch zur Verfügung stehenden stadteigenen Baulandreserven ist angezeigt. Sie sind insbesondere vorbehalten für zukunftsgerichtete Projekte bzw. für Unternehmen mit hoher Wertschöpfung. Im Weiteren muss die Stadt darauf bedacht sein, Disparitäten zwischen Peripherie und Innenstadt gering zu halten, um langfristig unerwünschte und irreversible Effekte zu vermeiden. Die städtebauliche Entwicklung der Brachen Güterbahnhof-Areal, Webersbleiche und Platztor soll – zusammen mit flankierenden Massnahmen im Verkehrsbereich – zur Stärkung der Innenstadt beitragen.

- **Handlungsbereich Kultur und Sport**

Möglichst viele Bewohnerinnen und Bewohner sollen Zugang zum kulturellen Leben haben. Das kulturelle Erbe ist zu pflegen, Innovation und Vielfalt sind zu fördern. Die von der Bürgerschaft abgelehnten Projekte „Mummenschanz“ und „Erweiterung Kunstmuseum“ dürfen nicht als Absage ans städtische Kulturleben interpretiert werden. Vielmehr sind Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt auf die Bedeutung der Kultur als einen herausragenden Standortfaktor zu sensibilisieren. Um auch national und grenzüberschreitend kulturell wahrgenommen zu werden, bietet die bessere Vernetzung des Kulturangebots in der Ostschweiz sowie dem angrenzenden Vorarlberg und Fürstentum Liechtenstein eine Chance.

Mit einem nahen und vielfältigen Angebot an Sport- und Freizeitanlagen sowie Information und Sensibilisierung sollen möglichst breite Bevölkerungsschichten erreicht werden. Sie sollen partnerschaftlich in solche Projekte einbezogen werden. Der städtische Pioniergeist im Sportstättenbau soll auch in Zukunft beibehalten werden. Eissporthalle, Stadionneubau und Polysportives Zentrum Ostschweiz sind Projekte mit überregionaler Ausstrahlung, die zielstrebig umgesetzt werden müssen. Der Breitensport wie das vielseitige Vereinsangebot sind weiterhin zu fördern.



- **Handlungsbereich Fiskalpolitik**

Die Stadt St.Gallen muss aufgrund ihrer zentralörtlichen Leistungen einen im Verhältnis zu ihrer Finanzkraft und zu einigen umliegenden Gemeinden relativ hohen Steuerfuss erheben. Obwohl in den vergangenen Jahren auf den verschiedensten Gebieten (z.B. Konzert und Theater St.Gallen, Berufsschulen) Fortschritte erzielt werden konnten, muss im Rahmen des neuen Finanzausgleichs eine bessere Berücksichtigung der zentralörtlichen Leistungen und damit eine weitere Entlastung erfolgen.

4.5.1 Trägerprojekt Familienergänzende Betreuung

Der stetig kleiner werdende Anteil traditioneller Familienstrukturen, der wachsende Anteil berufstätiger Frauen aufgrund ihrer guten beruflichen Qualifikation, der steigende Anteil an Haushalten mit einem allein erziehenden Elternteil, aber auch an Haushalten, in denen aus wirtschaftlichen Gründen beide Elternteile einer Arbeit nachgehen müssen, verlangen nach Betreuungsstrukturen, welche den verschiedensten Bedürfnissen Rechnung tragen. Mit den Vorlagen „Tagesstruktur für die städtischen Kindergärten und die Volksschule“ und „Familienergänzende Betreuung von Kindern im Vorschulalter: Ausbau des Angebotes“ sind wichtige Schritte im Bereich Familienergänzende Betreuung eingeleitet. Die Familienergänzende Betreuung mit Krippen, Horten und Freiwilligen Schulhausangeboten (FSA) sind von der Zuständigkeit her zur Zeit noch getrennt. Die Verwaltung der Sozialen Dienste ist für die Krippen verantwortlich, während Horten und FSA der Schulverwaltung unterstehen. Das Trägerprojekt wird somit in zwei Teilprojekte unterteilt.

a) Teilprojekt 1: Tagesstruktur für die städtischen Kindergärten und die Volksschule

Die Projektorganisation für die Horten und die FSA sieht in der Regel folgende Beteiligung vor: Leiter Familienergänzende Betreuung (Leitung), Vertretung Horten bzw. Schulleitung für das geplante FSA, Vertretung Hochbauamt, allenfalls ergänzt durch Vertretung Liegenschaftsamt. Nach Bedarf werden Fachkräfte beigezogen. Dies kann auch eine Vertretung des Quartiervereins oder eines Elternforums sein.

Das Konzept sieht vor, bis zum Jahr 2009 bedarfsbezogen zu den bereits fünf bestehenden 13 zusätzliche FSA in Betrieb zu nehmen. Für das laufende Jahr ist die Eröffnung je eines FSA in den Schulquartieren Rotmonten, St.Leonhard und Boppartshof vorgesehen. In den Folgejahren werden jährlich zwei bis drei FSA zu eröffnen sein. Für die drei nächsten sind die Kredite gesprochen. Für die weiteren Projekte sind beim Grossen Gemeinderat die nötigen Kredite einzuholen.

Was den Ausbau der Horten betrifft, bestehen für den Zeitraum bis 2009 Überlegungen für die Eröffnung eines zusätzlichen Hortes im Westen der Stadt. Damit könnte eine ausgegli-



chenere Verteilung der Horte über die ganze Stadt erreicht werden. Die Eröffnung eines zusätzlichen Hortes bedarf der Genehmigung des Grossen Gemeinderates und der Bewilligung der erforderlichen Kredite.

Sowohl für den Besuch der FSA als auch der Horte bezahlen die Eltern Benützungsgebühren je nach Dauer der Inanspruchnahme. Die Gebührentarife zwischen Krippen, Horten und FSA sollen mittelfristig aufeinander abgestimmt werden. Erste Schritte dazu erfolgten mit dem Erlass der neuen Gebührentarife.

b) Teilprojekt 2: Familienergänzende Betreuung von Kindern im Vorschulalter

Die Projektverantwortung für den Bereich der Familienergänzenden Betreuung für Kinder im Vorschulalter liegt im Abteilungssekretariat der Verwaltung der Sozialen Dienste. Im Gegensatz zu den Horten und FSA haben die Kinderkrippen allesamt private Trägerschaften. Die Stadt leistet auf der Basis des neuen Subventionierungssystems erhebliche finanzielle Unterstützungen. Auf die Kommunikation mit den Institutionen wird grossen Wert gelegt. Seit Jahren besteht eine "Gesprächsgruppe Kinderkrippen", die sich aus Mitgliedern der Vorstände der Kinderkrippen sowie den Krippenleiterinnen zusammensetzt. Den Vorsitz hat die Verwaltung der Sozialen Dienste.

In Zukunft gilt es, gemeinsam den vom Grossen Gemeinderat im Grundsatz bewilligten Ausbau von zusätzlichen Plätzen anzugehen. Ein erster Schritt ist die von Stadt und Kanton gemeinsam initiierte Kinderkrippe für Kinder von kantonalem und städtischem Personal. Ein weiterer Ausbau der Plätze soll vor allem in Zusammenarbeit mit den privaten Trägerschaften und der Wirtschaft erfolgen.

4.6 Zielfeld Wohlbefinden und Sicherheit

Gemäss Leitbild wahrt die Stadt St.Gallen die öffentliche Sicherheit ihrer Einwohnerinnen und Einwohner und Gäste. Der Lebensraum Stadt ist so zu gestalten, dass er die Bedürfnisse der Menschen nach Geborgenheit, Sicherheit und Entfaltungsmöglichkeiten heute und künftig erfüllen kann. Voraussetzung dazu ist ein Bewusstsein für mitverantwortliches Teilhaben am Lebensraum Stadt.

Die Selbstverantwortung und Solidarität der Bevölkerung soll belebt werden. Dazu hat die Stadtpolizei das Projekt „Hallo Nachbar“ lanciert.

Gesundheitsförderung zählt auf die Selbstverantwortung jedes Einzelnen, welche mit gezielten Informationen gestärkt wird. Eine wichtige Zielgruppe ist die Jugend, die einerseits als Multiplikator wirkt und andererseits ein grosses Potential in ihrer zukünftigen Lebensgestaltung aufweist.



- **Handlungsbereich Gesundheitsförderung**

Das kantonale Gesundheitsgesetz verpflichtet die Gemeinden zur Gesundheitsförderung. Als Anlauf- und Koordinationsstelle richten die Gemeinden einen Beauftragten für die Gesundheitsförderung ein, der in St.Gallen gemäss heutiger Organisation bei der Umweltfachstelle angesiedelt ist. Nicht dazu gehören die Suchtprophylaxe, für die eine separate Stelle aktiv ist, und der ganze schulische Bereich, dem sich die „Gesundheitsfördernde Schule (GEFOS)“ widmet.

Die nicht-schulische Gesundheitsförderung ist eine Daueraufgabe und findet vorwiegend in Form von Öffentlichkeitsarbeit statt. Die Bevölkerung wird regelmässig mit Veranstaltungen, Broschüren, Medienarbeit sensibilisiert und darüber aufgeklärt, mit welchen Massnahmen sie selber gegen die Belastungsmomente, verursacht durch ökologische (Lärm, Luftverschmutzung, Elektrosmog, Wohngifte), gesellschaftliche (Bewegungsarmut, falsche Ernährung, Rauchen, Älterwerden) und wirtschaftliche Einwirkungen (Stress, Arbeitslosigkeit), angehen kann. Defizite bestehen in den Bereichen Bewegung und Ernährung, Suchtmittelgenuss bei Jugendlichen und Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz (Ergonomie, Stress etc.). Hier sollen Schwerpunkte gesetzt werden.

Im Bereich Suchtprophylaxe sind die Gemeinden verpflichtet, Suchtfachstellen zu führen. Die Stiftung Suchthilfe erbringt für die Stadt im Rahmen einer Leistungsvereinbarung verschiedene Dienstleistungen zur Linderung von Suchtproblemen.

- **Handlungsbereich Unorte**

Unorte schmälern das subjektive Sicherheitsempfinden. Sie sind deshalb im Rahmen von Neu- oder Umgestaltungen von Strassen, Plätzen, Wegen und Unterführungen sowie von stadteigenen Arealen möglichst zu beseitigen. Auch im Rahmen von Überbauungs-/Gestaltungsplänen und im Baugesuchsverfahren ist darauf hinzuwirken, dass keine neuen Unorte entstehen. Ziel ist es, den öffentlichen Raum für alle Benutzergruppen sauber, sicher, offen, grosszügig, einsehbar und nachts gut ausgeleuchtet zu gestalten.

- **Handlungsbereich Sauberkeit**

Auf öffentlichen Strassen, Plätzen und Anlagen nimmt die Verrohung und Verslumung durch Vandalismus, Sprayereien, Verschmutzung, Littering usw. zu. Die meisten Menschen verbinden Ordnung und Sauberkeit bewusst oder unbewusst mit einem individuellen Sicherheitsgefühl. Es gilt zu verhindern, dass im öffentlichen Raum Zustände überhand nehmen, welche die öffentliche Ordnung nachhaltig gefährden können. Eine erhöhte Sorgfalt im Umgang mit dem öffentlichen Raum soll mithelfen, Littering und Vandalismus zu unterbinden.



- **Handlungsbereich Sicherheit**

Im Jahr 2002 haben in der Stadt St.Gallen die polizeilich registrierten Delikte gemäss Strafgesetzbuch (StGB) gegenüber dem Vorjahr um fast einen Drittel zugenommen. Mit 5'628 Delikten wurden in der Stadt St.Gallen rund 36 % aller im Kanton registrierten Straftatbestände begangen. Die markantesten Zunahmen verzeichnen die Bereiche Sachbeschädigungen, Diebstahl sowie die Raubtatbestände. Rund die Hälfte der StGB-Delikte werden durch Ausländerinnen oder Ausländer mit Wohnsitz in der Schweiz oder im Ausland verübt. Obwohl die Anzahl der 2002 registrierten Delikte nur leicht über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre liegt, soll angesichts des deutlichen Anstiegs der Kriminalitätsbelastung den Ursachen der höheren Delikt- und Gewaltbereitschaft mehr Beachtung geschenkt werden. Un-erlässlich ist auch eine Verstärkung der polizeilichen Aktivitäten zugunsten von Ruhe und Ordnung im öffentlichen Raum (zur Zeit Innenstadtbereich, Magnihalden, St.Mangen, Drei-weiher). Neben präventiven polizeilichen Massnahmen sind dabei im Sinne einer vernetz-ten Betrachtungsweise vermehrt auch präventive Massnahmen im Bereich der Integration und der aufsuchenden Jugendarbeit umzusetzen. Vor dem Hintergrund stetig abnehmender Sozialkontrolle sind die Aspekte der Selbstverantwortung und Solidarität im Rahmen des Partizipationsansatzes gezielt zu fördern.

Die Wurzel von Gewalt liegt oftmals auch im sozialen Nahbereich. Die Stadtpolizei muss jährlich in etwa 140 Fällen von Familienstreitigkeiten intervenieren. Seit Inkrafttreten des revidierten Polizeigesetzes am 1. Januar 2003 ist Gewalt im häuslichen Bereich keine Privatsa-che mehr und wird nicht mehr geduldet. Um den Opfern häuslicher Gewalt – davon betrof-fen sind überwiegend Frauen und Kinder – einen verbesserten Schutz zu gewähren, kann die Polizei eine gewalttätige Person aus der Wohnung weisen und ihr die Rückkehr für zehn Tage verbieten. Diese anspruchsvolle und heikle Aufgabe erfordert neben entsprechender Ausbildung einen dauernden Erfahrungsaustausch und eine enge Vernetzung mit der Vor-mundschaftsbehörde, mit sozialen Institutionen und Beratungsstellen.

4.6.1 Trägerprojekt Sicherheit und Sauberkeit

Zwischen Wohlbefinden, Sauberkeit, Ordnung und subjektivem Sicherheitsgefühl besteht ein gewisser Zusammenhang. Im Interesse der Lebens- und Standortqualität rechtfertigt es sich deshalb, dem öffentlichen Raum grössere Beachtung zu schenken. Saubere und einla-dende Strassen, Trottoirs, Plätze und der Öffentlichkeit zugängliche Anlagen sind ein Abbild der Wertschätzung dem öffentlichen Raum gegenüber, welchem mehr Sorge getragen wer-den soll, um das Wohlbefinden und das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu fördern.



Der achtlose Umgang mit Abfällen, das gedankenlose Liegenlassen oder Wegwerfen der Verpackungen von Zwischenmahlzeiten, von Zigarettenverpackungen und anderer Überbleibsel unserer Wegwerfgesellschaft, aber auch wildes Plakatieren und Sprayereien lassen bei vielen Bewohnerinnen und Bewohnern sowie bei Gästen der Stadt den Eindruck entstehen, dass der Sauberkeit und Ordnung im öffentlichen Raum zu wenig Nachachtung verschafft wird. Auch werden Teile des öffentlichen Raumes zunehmend von einzelnen Gruppierungen in Beschlag genommen, wodurch die übrige Bevölkerung teilweise von diesen Orten ausgeschlossen wird. Passantinnen und Passanten meiden solche Orte (bzw. Unorte), die Anwohnerschaft fühlt sich mit dem Problem allein gelassen. Die zunehmende Beeinträchtigung des öffentlichen Raums wird zudem als Einladung für weitergehende Widerhandlungen verstanden.

Eine generelle oder punktuell gezielte Verbesserung soll vorab durch vernetztes und koordiniertes Vorgehen derjenigen Verwaltungsstellen erreicht werden, die im Bereich des öffentlichen Raums mit Planung, Bereitstellung, Unterhalt und Reinigung der Infrastruktur sowie mit Präventions-, Kontroll- und Überwachungsaufgaben befasst sind. Da die öffentliche Ordnung nicht nur eine Aufgabe der städtischen Verwaltung ist, soll auch die Bevölkerung in geeigneter Weise miteinbezogen werden. Neben mehr Vernetzung und Koordination sind deshalb Massnahmen, welche die Eigenverantwortung steigern, wichtige Eckpfeiler des Trägerprojekts Sicherheit und Sauberkeit.

Die Verantwortung für dieses Trägerprojekt liegt beim Sekretariat der Polizeiverwaltung.

Projektbeteiligte sind Entsorgungsamt, Tiefbauamt, Hochbauamt, Gartenbauamt, die Stadtplanung (Fachstelle Sicherheit im Stadtraum), die Stadtpolizei sowie die Sekretariate der Verwaltung der Technischen Betriebe, der Verwaltung der Sozialen Dienste und der Schulverwaltung. Vorläufig soll das Trägerprojekt auf drei Jahre befristet werden und sich schwerpunktmässig auf die neuralgischen Bereiche Bahnhofplatz, Bohl und Stadtpark konzentrieren.

4.7 Indikatoren Nachhaltige Entwicklung als themenübergreifendes Trägerprojekt

Ziel des Trägerprojekts Indikatoren Nachhaltige Entwicklung ist es, einerseits einen Vergleich mit anderen Städten (Bench-Marking) anzustellen, andererseits den Prozess LA 21 bzw. die erreichten Fortschritte hinsichtlich der Nachhaltigen Entwicklung zu dokumentieren.

Beim Monitoring allgemein ist zwischen der Beobachtung der Nachhaltigen Entwicklung (Indikatoren) und der Beurteilung von konkreten Projekten und Massnahmen (Kriterien) zu unterscheiden. Für das Letztere wird durch Auswertung der Trägerprojekte eine Wegleitung LA 21 erarbeitet. In Fachkreisen wird ein Projekt nur dann als nachhaltig bezeichnet, wenn



sich alle drei Ziel-Dimensionen Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt in eine positive Richtung entwickeln, die Handlungsgrundsätze angewendet werden und die Massnahme im Sinne der Nachhaltigen Entwicklung wirkt. Zumindest genügt es nicht, dass ein Projekt nur eine Zieldimension berücksichtigt. Diese Kriterien sind auch bei der Auswahl der Indikatoren zu berücksichtigen. International wie national laufen verschiedene Projekte, um solche Indikatoren festzulegen.

Die Europäische Union schlägt für die Beobachtung einer nachhaltigen lokalen Entwicklung folgende fünf Basisindikatoren vor: Zufriedenheit der Bürger mit der Gemeinde, Beitrag der Gemeinde zur globalen Klimaänderung, Örtliche Mobilität und Personenverkehr, Örtliches Angebot an öffentlichen Grünflächen, Qualität der örtlichen Aussenluft. Fünf zusätzliche Indikatoren wie Schulweg, Nachhaltiges Management der Kommunalverwaltung, Lärmbelastung, Nachhaltige Bodennutzung und Erzeugnisse zur Förderung der Nachhaltigkeit können freiwillig erhoben werden.

Der Bund hat in seinem Zwischenbericht „Nachhaltige Entwicklung messen“ 20 Postulate als Richtungsweiser aufgestellt und 164 Indikatoren vorgeschlagen. Der im Zusammenhang mit der Konferenz von Johannesburg veröffentlichte Bericht (August 2002) bezweckt, die Diskussion über Indikatoren als Entscheidungsbasis anzuregen. 12 Beispiele von Indikatoren geben erstmals einen konkreten Einblick in die Praxis des Schweizer Nachhaltigkeitsmonitorings.

Die Kantone Aargau, Bern, Basel-Landschaft, Graubünden, Zürich sowie die Städte Baden, Bern, Chur, Langenthal, Lausanne, Rheinfelden, Schaffhausen und Winterthur haben ein Kernindikatorensystem Nachhaltige Entwicklung für Kantone und für Städte entwickelt, mit jeweils 30 Kernindikatoren (10 für den Bereich Umwelt, 10 für den Bereich Wirtschaft und 10 für den Bereich Gesellschaft). Für jeden Kernindikator wurden die Daten ermittelt und als erste konkrete Anwendung je ein Benchmarking zwischen den teilnehmenden Kantonen bzw. den teilnehmenden Städten realisiert. Das Projekt wurde im April 2003 abgeschlossen.

Eine für St.Gallen interessante Grundlage ist das Indikatorenset der Stadt Zürich, die in einem Expertenbericht 21 Nachhaltigkeitsindikatoren erarbeitet hat, wobei für jeden der drei Bereiche Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft sieben Indikatoren bezeichnet wurden. Im Bereich Wirtschaft ist das z.B. die städtische Verschuldung oder die Zahl der Arbeitsplätze; im Bereich Umwelt die Luftqualität oder die versiegelte Fläche und im Bereich Gesellschaft das Angebot der Kleinkinderbetreuung oder die Sozialleistungsquote (vgl. *Beilage 2*). Für eine Mehrzahl dieser Indikatoren insbesondere im Umweltbereich sind auch in der Stadt St.Gallen die erforderlichen Daten heute schon vorhanden. Im Indikatorenset des Kantons Basel Stadt sind 15 dieser 21 Indikatoren der Stadt Zürich ebenfalls vorhanden. Wird ein Vergleich mit anderen Städten (Bench-Marking) angestrebt, muss bei der Auswahl der Indikatoren auf die vorhandenen Indikatorensets in der Schweiz abgestützt werden. Sicher ist es



aber auch wichtig zu fragen, ob spezifische Indikatoren für die Stadt St.Gallen erforderlich sind.

Für die Koordination des Trägerprojekts zur Erarbeitung von Indikatoren Nachhaltige Entwicklung der Stadt St.Gallen ist die Umweltfachstelle verantwortlich. Die Kerngruppe besteht aus Umweltfachstelle (Agendabüro), Sekretariat der Verwaltung der Sozialen Dienste, Wirtschaftsförderung und Finanzamt.

5 Begleitende Massnahmen zur Umsetzung der LA 21

5.1 Öffentlichkeitsarbeit

Die Nachhaltige Entwicklung ist nicht eine Aufgabe der Verwaltung alleine. Zudem ist die städtische Bevölkerung von den Handlungen in den Zielfeldern betroffen resp. Akteurin im Prozess. Bis jetzt verlief der Prozess innerhalb der Verwaltung und ist dementsprechend geprägt. Mit einem öffentlichen Diskurs soll für die Thematik sensibilisiert und ein Konsens über die Grenzen der Verwaltung hinweg erreicht werden. Die Zielfelder und Handlungsbereiche können aufgrund dieses öffentlichen Diskurses eine Anpassung erfahren, werden somit aber auch breiter getragen.

5.2 Patronat

Das 1999 gegründete Patronat LA 21 Stadt St.Gallen besteht aus über 60 Persönlichkeiten, die den Prozess ideell, aber auch aktiv begleiten. Bis jetzt engagieren sich mehrheitlich Vertreterinnen und Vertreter aus dem sozialen und ökologischen Bereich. Für eine gleichgewichtete Vertretung und eine breite Abstützung des Prozesses LA 21 inner- und ausserhalb der Verwaltung müssen auch Personen aus Wirtschaft und Gewerbe im Patronat vertreten sein. Das Patronat soll als Multiplikator wirken, die Sensibilisierung verstärken und auch Anregungen in die Verwaltung liefern.

5.3 Berichterstattung

Im Rahmen des Geschäftsberichts wird auf der Basis der Indikatoren-Sets und der Wegleitung zum nachhaltigen Verwaltungshandeln über den Fortschritt der Nachhaltigen Entwicklung berichtet. Das Thema und insbesondere die Handlungsgrundsätze sollen mit internen Weiterbildungsangeboten vermittelt werden.



5.4 Struktur der Nachhaltigen Entwicklung in der Stadtverwaltung

Wie die Handlungsbereiche und auch die Trägerprojekte gezeigt haben, wird die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung finanzielle Mittel beanspruchen, die über den ordentlichen Weg eingeholt werden. Damit entscheiden Bürgerschaft und der Grosse Gemeinderat über den Weg und auch die Dynamik der Lokalen Agenda.

Innerhalb der Verwaltung wird der Prozess der Nachhaltigen Entwicklung im Rahmen der bestehenden Verwaltungsorganisation betreut. Jede Dienststelle handelt in Eigenverantwortung nach den festgelegten Handlungsgrundsätzen. Um die Fortschritte, aber auch die in den Dienststellen und Projekten entstehenden Probleme zu diskutieren, braucht es einen institutionalisierten Erfahrungsaustausch. Diese ERFA-Gruppe soll im Rahmen der Erarbeitung der Wegleitung gebildet werden. Ein kontinuierlicher und breit abgestützter Prozess bedarf zudem einer verstärkten Koordination. Die Aufgabe der Anlaufstelle und verwaltungsinternen und –externen Koordinationen übernehmen folgende Stellen (Kerngruppe NE):

- die Umweltfachstelle als Agendabüro
- das Sekretariat der Verwaltung der Sozialen Dienste für Gesellschaftsfragen
- die Wirtschaftsförderung als Bindeglied zu den städtischen Industrie- und Gewerbebetrieben
- das Finanzamt als Fachstelle für Controlling.

6 Schlussbetrachtung

Die Nachhaltige Entwicklung ist kein Projekt mit definiertem Anfang und Ende, sondern ein dauerhafter Prozess, der auf eine Verbesserung der Lebensqualität abzielt, ohne die Entwicklungsmöglichkeiten künftiger Generationen zu schmälern. Der öffentlichen Hand kommt in diesem Prozess eine wichtige Vorbildfunktion zu; das Gedankengut der Nachhaltigen Entwicklung soll hinausgetragen werden und letztlich auch Nachahmung finden in der Bevölkerung sowie in Industrie und Gewerbe.

Mit dem Bekenntnis zu den Handlungsgrundsätzen der Nachhaltigen Entwicklung, den Trägerprojekten und der geplanten Wegleitung für nachhaltiges Verwaltungshandeln sowie dem Aufbau eines Monitorings ist der Grundstein gelegt, auf dem weiter aufgebaut werden kann, denn Handlungsbedarf besteht noch in vielen Bereichen. Mögliche weitere Schwerpunkte mit Ideen für künftige Projekte liegen als Themenpool vor. Sie sollen bei der Festlegung der Legislaturziele des Stadtrats einfließen.



7 Anträge

Wir beantragen Ihnen, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Vom Bericht wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat „Umsetzung Lokale Agenda 21“ wird als erledigt am Protokoll abgeschrieben

Der Stadtpräsident:
Christen

Im Namen des Stadtrates
Der Stadtschreiber:
Linke

Beilagen:
Beilage 1: Methodik und Vorgehen am Beispiel der Littering-Problematik
Beilage 2: Übersicht Set der Nachhaltigkeitsindikatoren Stadt Zürich

